



**Referat von Gemeinderätin Ursina Anderegg, Direktorin für Bildung,
Soziales und Sport, anlässlich der Medienkonferenz
«Legislatorschwerpunkte 2025 – 2028», 25. Juni 2025**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Medienschaffende

Ich darf Ihnen eine Übersicht unserer Massnahmen in Zusammenhang mit den Zielen **Gerechter Zugang für alle** und **Gesellschaftlicher Zusammenhalt** präsentieren. Das eine kann nicht ohne das andere erreicht werden: Unsere Gesellschaft funktioniert nur, wenn wir alle Menschen mitnehmen und allen Menschen die Möglichkeit bieten, an der Gesellschaft teilzuhaben. In der Stadt Bern gelten 11,6 Prozent der Haushalte als arm. Armut erschwert die Teilhabe an der Gesellschaft. Die Stadt Bern will darum soziale Netze stärken, um auch vulnerable Bevölkerungsgruppen, Armutsgefährdete und sozial Benachteiligte mitzunehmen, und sie will Diskriminierung und Ausgrenzung bekämpfen.

Gerechter Zugang für alle

Zentral ist die **Chancengerechtigkeit**. Wir wollen uns darauf konzentrieren, den chancengerechten Zugang zu Bildung, öffentlicher Infrastruktur und städtischen Angeboten für alle Menschen zu verbessern beziehungsweise zu ermöglichen.

Beim chancengerechten Zugang zu einer qualitativ hochstehenden und umfassenden Schulbildung will die Stadt bereits im Vorschulalter beginnen; beispielsweise werden Eltern von Kindern angeschrieben, deren Kenntnisse der deutschen Sprache ungenügend sind, um beim Schulstart die gleichen Chancen zu haben. Diese Frühförderung wollen

wir in der laufenden Legislatur weiterentwickeln, da sie sehr wirksam ist, um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen.

Die Dienstleistungen und Kommunikationsangebote sollen für alle niederschwellig, barrierefrei sowie adressat*innengerecht zugänglich sein. Ein Beispiel sind Übersetzungen in Leichte Sprache und Gebärdensprache.

Um den Zugang zu städtischen Angeboten für alle in Bern Wohnhaften zu erleichtern, wollen wir in dieser Legislatur eine Citizen Card einführen. Diese soll allen in der Stadt Bern wohnhaften Personen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Aufenthaltsstatus, Alter, finanziellen Ressourcen und Sprache den Zugang zu Dienstleistungen und Vergünstigungen ermöglichen. Ein Umsetzungskonzept wurde bereits erarbeitet, eine Rechtsgrundlage wird vorbereitet. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Bern Portals.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Ein Grundbedürfnis aller Menschen ist das Wohnen. Die Knappheit an **bezahlbarem Wohnraum** ist ein drängendes Problem, das die Bevölkerung beschäftigt. Die Wohnungs- und Obdachlosigkeit hat zugenommen. Mit einer sozialen Wohnpolitik versuchen wir, den Zugang zu günstigen Wohnungen zu erleichtern. Bis Ende 2028 sollen 1'500 Wohnungen im Segment «günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien» zur Verfügung stehen. Die Stadt treibt ihre grossen Entwicklungsareale weiter voran.

Für wohnungs- und obdachlose Menschen wird die Stadt Bern in der laufenden Legislatur ihr Angebot an sicheren **Notunterkünften** für unterschiedliche Personengruppen laufend dem Bedarf anpassen. Zuletzt konnten wir eine neue Notschlafstelle für Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen – kurz FINTA – eröffnen und einen Leistungsvertrag mit dem Verein «Rêves sûrs» abschliessen. Er betreibt die Notschlafstelle Pluto für Jugendliche. Eine weitere allgemeine Notschlafstelle soll im nächsten Winter eröffnet werden als

Nachfolgeangebot der Notschlafstelle auf dem Areal des ehemaligen Tiefenau-Spitals im letzten Winter.

Schliesslich will die Stadt bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen verstärkt auf die Umsetzung von Kinderrechten achten und eine möglichst hohe Lebensqualität für Menschen im Asylverfahren schaffen. Dies will sie unter anderem mit soziokulturellen Angeboten erreichen, beispielsweise auf dem gemeinsam mit der Quartierbevölkerung genutzten Tiefenau-Gelände.

Diskriminierung und Mobbing bekämpfen

Alle Menschen mitnehmen – das heisst auch, Diskriminierung und Mobbing bekämpfen und Betroffene unterstützen. Gemäss PISA-Studie macht fast jedes fünfte Schulkind in der Schweiz mehrmals im Monat Mobbing Erfahrungen. Mit Cybermobbing wandert das Problem zudem von der Schule in den weniger sichtbaren digitalen Raum. Die Folgen sind drastisch und reichen von psychischen Problemen über die Beeinträchtigung der körperlichen Gesundheit bis hin zu sozialer Isolation und Verhaltensproblemen. Prävention wirkt. Das **Mobbingpräventionsprojekt** wurde Ende letzten Jahres lanciert; bereits zwei Drittel der Schulen haben sich für die Umsetzung angemeldet. Bis 2027 sollen alle 22 Schulstandorte die Prävention im Schulprogramm installiert haben.

Wir werden uns auch in den nächsten Jahren verstärkt dafür einsetzen, dass alle Menschen unabhängig ihres Hintergrundes am Leben dieser Stadt teilhaben können. Hierzu wollen wir weiterhin das Netz an niederschwelligen und aufsuchenden Angeboten stärken, damit wir als Stadt mithelfen können, dass niemand durch das soziale Netz fallen muss und alle gesellschaftlich teilhaben können.

Damit haben wir Ihnen alle Ziele der drei Schwerpunkte vorgestellt. Ich übergebe das Wort für den Schluss zurück an Marieke Kruit.